

Zug, 2. September 2020

Leserbrief

zur Abstimmung vom 27. September 2020, betreffend Begrenzungsinitiative

Achtung – die Begrenzungsinitiative ist ein grober Etikettenschwindel. Bedeutet doch ihre Annahme die automatische Kündigung aller bilateralen Abkommen innert Jahresfrist. Denn mit der Initiative wird der Bundesrat beauftragt, die Personenfreizügigkeit innert nur zwölf Monaten neu zu verhandeln. Klappt dies nicht, muss er das Freizügigkeitsabkommen spätestens innert eines weiteren Monats kündigen. Wird aber eines der Abkommen gekündigt, fallen wegen der Guillotine-Klausel automatisch auch die übrigen sechs Abkommen der «Bilateralen I» weg. Also auch die Bereiche Technische Handelshemmnisse, Öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Landverkehr, Luftverkehr und Forschung. Alle diese Abkommen sind miteinander verknüpft zu einem Gesamtvertrag, eine Nachverhandlung eines einzelnen Bereichs davon ist nicht möglich.

Die Initiative zielt also inhaltlich aufs Ganze und ist somit keine Begrenzungs- sondern eine radikale Kündigungsinitiative. Unter diesem Titel wurde sie auch von der SVP ursprünglich ausgedacht und später nur aus abstimmungstaktischen Überlegungen heraus umbenannt. Das wahre Ziel der Initiative ist folglich nicht wie uns dies die SVP weismachen will, die Begrenzung der Zuwanderung aus der EU, sondern die kompromisslose Auflösung der bilateralen Abkommen. Aber wozu eigentlich? Was bezweckt die SVP damit? Will sie etwa die Schweiz wirtschaftlich ruinieren? Denn wer die bewährte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU derart radikal in Frage stellt, muss die zentrale Frage beantworten können: Was kommt danach? Und genau hier liefern uns die Initianten keine einzige Antwort! Sie haben keinen blassen Schimmer wie es dann weitergehen soll. Das ist absolut unverantwortlich und inakzeptabel. Diese Initiative bedroht nicht nur aufs Gröbste hunderttausende von Arbeitsplätzen, sondern unser Land als Ganzes.

Liegt Ihnen unser Land am Herzen und wollen Sie keine wirtschaftlich und gesellschaftlich isolierte Schweiz inmitten Europas, stimmen Sie NEIN zur brandgefährlichen Kündigungsinitiative.

Daniel Stadlin, Kantonsrat und Co-Präsident GLP Kanton Zug